Kirchen und Politik verurteilen Sprengstoffanschläge in Dresden

28. September 2016

Dresden (KNA) Auf die Sprengstoffanschläge vor einer Moschee und einem Kongresszentrum in Dresden haben Politik, Kirchen und weitere Religionsgemeinschaften mit scharfer Kritik reagiert. Der katholische Dresdner Bischof Heinrich Timmerevers und Sachsens evangelischer Landesbischof Carsten Rentzing erklärten gemeinsam am Dienstag: „Sprengstoffanschläge oder andere Formen von Gewalt sind keine Mittel, um seine Auffassung auszudrücken, mit der Politik in unserem Land nicht einverstanden zu sein.“ Beide Bischöfe betonten, Moscheen seien wie Kirchen Orte des Gebetes und des Glaubens. „Aus diesem Grunde kann uns als Christen ein Anschlag auf eine Gebetsstätte gleich welcher Religion in unserer Stadt nicht unberührt lassen.“ Durch solche Gewaltakte würden Lebensgefühl und Lebensqualität von Menschen anderer Religionen „zutiefst getroffen“. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) sagte: „Dies ist nicht nur ein Anschlag auf die Religionsfreiheit und die Werte einer aufgeklärten Gesellschaft, sondern hier wurde auch bewusst der Tod von den in der Moschee lebenden Menschen in Kauf genommen.“ Der Imam hatte sich mit seiner Frau und zwei Söhnen am späten Montagabend in der Fatih-Moschee aufgehalten, als der Sprengsatz explodierte. Verletzt wurde niemand. Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) bezeichnete die Vorfälle als „empörend“. Zudem beklagte er beim Festakt zum zehnjährigen Bestehen der Deutschen Islamkonferenz eine zunehmende Aggressivität gegenüber Muslimen in Deutschland. Der Zentralrat der Juden in Deutschland bezeichnete auf Twitter die Vorfälle als „äußerst besorgniserregend“. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs forderte eine „lückenlose Aufklärung dieser feigen Attentate“. Die Bewegung ist wegen islamistischer Tendenzen umstritten und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Dresdens Polizeipräsident Horst Kretzschmar erklärte: „Auch wenn uns bislang kein Bekennerschreiben vorliegt, müssen wir von einem fremdenfeindlichen Motiv ausgehen.“ Gleichzeitig sieht die Polizei auch eine Verbindung zu den anstehenden Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, zu dem auch Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der sächsischen Landeshauptstadt erwartet werden. Der Sprecher für Religion und Migration der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, äußerte sich schockiert. „Anschläge auf Gotteshäuser sind Anschläge auf die Demokratie und die Freiheit von uns allen“, erklärte Beck. „Wer Gotteshäuser anzündet, schreckt auch nicht davor zurück, Menschen zu töten.“ Es sei „kein Unterschied, ob das Ziel eine Moschee oder eine Kirche, eine Synagoge oder ein Tempel ist“. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt sprach von einem „Anschlag auf die Demokratie und die Freiheit“, der die „volle Härte des Rechtsstaates“ brauche. Noch in der Nacht ordnete der Polizeipräsident in Abstimmung mit dem türkischen Generalkonsulat Polizeischutz für die beiden Moscheen in Dresden sowie verstärkte Patrouillen am islamischen Zentrum an.

(KNA – qktmr-89-00120)

Stand: 27. November 2026